

Kantonsrat
Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

FIKO stimmt der Übertragung der Höheren Fachschule für Technik zu

Solothurn, 13. Januar 2012 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) stimmt der Übertragung der Höheren Fachschule für Technik an die HFT Mittelland AG zu und beschliesst, die Änderungen des Lehrerbemessungssystems getrennt von der Änderung der Volksschulgesetzgebung zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln.

Die Übertragung der Höheren Fachschule für Technik an die HFT Mittelland AG, welche eine Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern vorsieht, war in der kantonsrätlichen Finanzkommission (FIKO) umstritten. Mehrere Mitglieder äusserten Bedenken darüber, dass der Kanton mit der Übertragung das Mitspracherecht an der Schule verliere, da er weder Aktien besitzen noch im Verwaltungsrat Einsitz nehmen wird. Somit komme dies einer Privatisierung der Schule gleich, die vom Kanton aber mit ungleich höheren Subventionen unterstützt würde. Zudem könne die Aktiengesellschaft die Statuten nach eigenem Gutdünken ändern, wodurch der Kanton noch weiter ausgegrenzt würde. Befürworter der Übertragung argumentierten, dass die Einflussnahme durch die Vergabe des Leistungsauftrags genügend gewährleistet sei. Auch äusserten sie die Befürchtung, dass der Kanton Bern die Ausbildung in diesem Berufssegment alleine weiterführen würde, wenn der Kanton Solothurn es verpasst, sich hier zu etablieren. Letztlich hat die Kommission der Übertragung zugestimmt.

Zudem hat die FIKO der Änderung der Volksschulgesetzgebung diskussionslos zugestimmt. Es handelt sich dabei um eine Bereinigung, die nach der Annahme

des HarmoS-Konkordats notwendig geworden sind. Die Änderung des Lehrerbesoldungsgesetzes will eine Mehrheit der FIKO jedoch zu einem späteren Zeitpunkt beraten. Es ist vorgesehen, dass Lehrerinnen und Lehrern auch Tätigkeiten ausserhalb des Schuldienstes bei der Einstufung in eine Lohnklasse angerechnet werden sollen. Da damit Mehrausgaben bei Kanton und Gemeinden verbunden sind, tritt die FIKO nicht auf diese Gesetzesänderung ein und verlangt vom Regierungsrat eine separate Vorlage, welche nach Vorliegen des Sparmassnahmenplans behandelt werden soll.

Schliesslich hat die FIKO den von der Sozial- und Gesundheitskommission ausgearbeiteten Änderungen zum neuen Erwachsenenschutz-, Personen und Kindesrecht mit zwei eigenen kleineren Änderungen einstimmig zugestimmt.